

Es gibt über 100.000 unterschiedliche Chemikalien und jede von ihnen schadet potenziell unserer Gesundheit und der Umwelt. Es gibt andere, über die wir immer noch zu wenig wissen. Einige können Krebs verursachen, Atmungs- oder hormonelle Probleme, Hautirritationen z.B. Wir alle sind in unserem täglichen Leben hunderten von Chemikalien ausgesetzt. Eine Aufklärungskampagne von NGO's hat gezeigt, dass in unserem Blut durchschnittlich 41 schädliche Chemikalien enthalten sein können. Es ist unser Ziel, die gefährlichsten Chemikalien zu entfernen und durch sicherere Alternativen zu ersetzen. Denken Sie nur daran, dass Asbest zum Feuerschutz weit verbreitet war, bevor wissenschaftlich belegt wurde, wie gefährlich er ist. Die sozialdemokratische Fraktion engagiert sich stark, um das weltweit ehrgeizigste Programm für den Einsatz sicherer Chemikalien auf die Beine zu stellen. Dank der Bemühungen der Europäischen Union und der sozialdemokratischen Europaabgeordneten sind einige der giftigsten Stoffe, z.B. Phtalate, die bei der Spielzeugherstellung verwendet wurden, jetzt verboten.

Vielleicht haben Sie von einem neuen Programm namens REACH gehört.

Was ist REACH? Das ist ein Akronym für Registrierung, Bewertung und Zulassung von Chemikalien (Registration, Evaluation and Authorisation of Chemicals). Geschaffen wird damit ein System, das es ermöglicht, die Risiken zu erfassen, die mit Chemikalien verbunden sind, die in der Europäischen Union produziert oder in die Europäische Union importiert werden.

Die Europäische Union verfügt bereits über ein Kontroll- und Risikobewertungssystem, das die offiziellen Behörden anwenden und das nur Chemikalien erfasst, die seit 1981 auf den Markt gekommen sind. Dieses System ist für seine Unwirksamkeit berüchtigt, und wir sind der Meinung, dass es trotz einiger Erfolge nicht ehrgeizig genug ist.

Bei der Bewertung von Chemikalien ist zu wenig erreicht worden. Das derzeitige Testverfahren ist

viel zu langsam und die Beweislast sollte von den öffentlichen Behörden auf die Produzenten übertragen werden, weil sie zu einer richtigen Risikobewertung am besten in der Lage sind. Die chemische Industrie klagte, die Kosten eines jeden neuen Systems wären zu hoch und würden zum Verlust von Arbeitsplätzen führen. Die Sozialdemokraten im Europaparlament haben hart daran gearbeitet, dass das System für die Industrie durchführbar und gleichzeitig wirkungsvoll genug ist, um das wesentliche Ziel bei der Verwendung von Chemikalien zu erreichen: unser Wissen zu verbessern, die gefährlichsten zu verbieten und sicherere Alternativen zu entwickeln.

Nach diesem neuen REACH-System müssen Produzenten ihre Chemikalien registrieren lassen und Daten über ihre Eigenschaften sammeln. Öffentliche Behörden werden die Test-Vorschläge der Industrie bewerten. Sie können weitere Informationen über Produkte verlangen, die als potenziell gefährlich eingestuft werden. Wenn ein Stoff als besonders gefährlich eingeschätzt wird, braucht die Industrie besondere Genehmigungen für die Herstellung. Diese Genehmigung wird nur unter sehr strengen Voraussetzungen erteilt. Die Produzenten müssen nachweisen, dass die Risiken streng kontrolliert werden und dass die Verwendung des Stoffes in keiner Weise die öffentliche Gesundheit und die Umwelt gefährdet. Wenn sichere Alternativen zur Verfügung stehen, wird keine Genehmigung erteilt.

REACH wird auch zur Information der Öffentlichkeit beitragen und die Aufklärung über Chemikalien fördern, durch verlässliche Etikettierung und klare Information, die übers Internet abgerufen werden kann.

Für aktuelle Informationen über uns und unsere Aktivitäten besuchen sie bitte unsere Website:

www.socialistgroup.eu

REACH

POLITIK FÜR SICHERE CHEMIKALIEN



 **SPE**

Sozialdemokratische Fraktion
im Europäischen Parlament

STATIONEN EINER SICHEREN CHEMIKALIENPOLITIK

REACH

1998

April / Beim informellen Treffen des Umweltrats in Großbritannien, legen Österreich, Dänemark, Finnland, die Niederlande und Schweden ein Dokument vor, das die Notwendigkeit einer völlig neuen Chemikalienpolitik aufzeigt.

1999

Juni / Der Umweltrat macht einen Schritt in Richtung einer grundlegenden Überprüfung der EU-Chemikalienpolitik, indem er der EU-Kommission ein klares Mandat erteilt.

2003

Frühjahr – Frühsommer / Die EU-Kommission veröffentlicht Teile ihres Verordnungsentwurfs für eine achtwöchige öffentliche Konsultation und ruft über 6000 Stellungnahmen hervor. Die Kommission ändert ihren Entwurf, indem sie Informationsanforderungen für über 20.000 chemische Erzeugnisse herausnimmt. Die Kommission präsentiert ihren endgültigen Vorschlag, ergänzt durch die Externe Folgenabschätzung für REACH. Der Entwurf hat zum Ziel, Sicherheitsinformationen für 30.000 der 100.000 im EU-Markt erhältlichen Chemikalien zu sammeln. Über zwei Drittel davon gibt es so wenig Datenmaterial, dass es nicht möglich ist, diese Chemikalien zu klassifizieren. Im **Oktober** stellt Guido Sacconi seinen Bericht zu REACH vor. Aufgrund von Verzögerungstaktiken der konservativen Abgeordneten kommt es jedoch zu keiner Abstimmung im Europaparlament. Die Diskussionen werden erst nach der Wahl des neuen Parlaments wieder aufgenommen. Eine Ad-Hoc-Arbeitsgruppe des Rats beginnt mit der Analyse des Vorschlags, um eine Ratsposition zu erarbeiten, mit dem Ziel, die Analyse bis Ende 2005 fertig zu stellen.

2001

Februar / Die Kommission veröffentlicht ihr Weißbuch zur Strategie für eine zukünftige Chemikalienpolitik, das die notwendigen Änderungen darstellt.



2004

Arbeitgeber- und Industrieorganisationen beginnen mit mehr Folgenabschätzungen für REACH. Im gleichen Jahr analysiert ein Workshop der niederländischen Präsidentschaft 36 Folgenabschätzungen und kommt zum Schluss, dass die neue Verordnung begrenzte Kosten für die Wirtschaft und Vorteile für Gesundheit und Umwelt bringen wird.

2005

April / Eine Studie der Industrie stellt fest, dass REACH nicht dazu führen wird, dass wichtige Chemikalien wegen der Registrierungskosten vom Markt genommen werden und kommt zum Schluss, dass REACH NICHT schlecht für die Unternehmen ist.

November / Erste Abstimmung im Europäischen Parlament. Das Parlament stimmt für ein stufenweises Verbot der gefährlichsten Chemikalien, und in Dezember stimmt einem Gemeinsamen Standpunkt des Rats zu.

2006

Juli / Weiterleitung der Gemeinsamen Ratsposition an das Europäische Parlament.

September / EP diskutiert über die zweite Lesung.

November – Dezember / Rat, Parlament und Kommission kommen zu einer Vereinbarung, denen das Parlament und dann die EU-Umweltminister zustimmen und REACH wird angenommen. Im Dezember wird REACH zum Gesetz.

2007

Juni
REACH tritt in allen 27 Mitgliedsstaaten in Kraft.

